

Seitens des Rechnungsprüfungsamtes erläuterte Herr Klein, welche Überlegungen Anlass für den gemeinsam erarbeiteten Vorschlag gewesen seien. Aus dem Zuwendungsbescheid der Bezirksregierung von Juni 2006 für die Durchführung der OGS-Maßnahmen müssten bis Jahresende 2006 insgesamt 2,1 Mio. € abgerufen werden. Darüber hinaus habe der für die Maßnahme „Kindergarten Wellenstraße“ beauftragte Architekt mitgeteilt, dass die in einem Umfang von 5.000 € bis 10.000 € durchzuführenden Arbeiten nur dann fristgerecht ausgeführt werden könnten, wenn die Beauftragung im Wege der freihändigen Vergabe erfolge. Die VOB sehe entsprechende Ausnahmeregelungen von der Ausschreibungspflicht vor. Dies führe dazu, dass bei Sanierungsmaßnahmen von diesen Ausnahmen regelmäßig Gebrauch gemacht werden müsse. Darin werde die Notwendigkeit erkannt, eine Ausnahme von der städtischen Vergabeordnung zuzulassen.

Der Bürgermeister ergänzte, dass durch diese Ausnahme die Beteiligung des Rechnungsprüfungsamtes bei der Vergabe unberührt bleibe.

Anschließend erklärten alle Fraktionen, dem Vorschlag der Verwaltung zuzustimmen. Dies vor dem Hintergrund, dass dringender Handlungsbedarf bestehe, die Befugnisse des Rechnungsprüfungsamtes nicht eingeschränkt werden, es sich um eine befristete Maßnahme handle und der beabsichtigten Einrichtung einer zentralen Vergabestelle.

In diesem Zusammenhang bat Herr Küpper darum, in den kommenden Haushaltsberatungen Baumaßnahmen zu einzelnen Haushaltstiteln konkret zu benennen. Herr Lehmacher sagte zu, dass die Verwaltung bemüht sei entsprechende Erläuterungen zu geben.

Herr Wagner signalisierte, dass seitens der CDU-Fraktion dem von der Verwaltung vorgestellten Konzept zur Einrichtung einer zentralen Vergabestelle zugestimmt werden könne. Er bat auch die anderen Fraktionen um entsprechendes Handeln.